



Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: N. Hilscher.

**Publikandum**

die Kündigung der in der fünften Verloosung gezogenen Kur- und Neumärkischen Schuldverschreibungen betreffend.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 12ten d. M. sind die für das erste Semester k. J. zur Tilgung bestimmten 48,000 Rthlr. Kurmärkischen Schuldverschreibungen und 11,700 Rthlr. Neumärkischen Schuldverschreibungen, in der am heutigen Tage stattgefundenen fünften Verloosung zur Ziehung gekommen und werden nach ihren Littern, Nummern und Gelbbeträgen in dem als Anlage hier beigefügten Verzeichnisse geordnet den Besitzern hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Nominalwerth derselben und zwar der Kurmärkischen Schuldverschreibungen am 1. Mai k. J. und der Neumärkischen Schuldverschreibungen am 1. Juli k. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bei der Kontrolle der Staatspapiere, hier in Berlin, Taubensstraße Nr. 30, haas abzugeben.

Da die weitere Verzinsung dieser Schuldverschreibungen, und zwar der Kurmärkischen vom 1. Mai k. J. und der Neumärkischen vom 1. Juli k. J. ab aufhört, indem die von diesen Terminen an laufenden ferneren Zinsen der Bestimmung des §. V. des Gesetzes vom 17. Januar 1820 (Gesessammlung Nr. 577) gemäß, dem Tilgungsfonds zufallen, so müssen mit den ersteren zugleich die zu denselben gehörigen 7 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 2 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Mai k. J. bis 1. Nov. 1847 umfassen und mit den letzteren die zu denselben gehörigen 6 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 3 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Juli 1847 umfassen, abgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben von der Kapital-Baluta abgezogen werden wird, um für die später sich meldenden Inhaber der Coupons reservirt zu werden.

Die über den Kapitalwerth der Kur- und Neumärkischen Schuldverschreibungen auszustellenden Quittungen müssen für jede dieser beiden Schuldengattungen auf einem besondern Blatte ausgestellt, und in denselben auch die Schuldverschreibungen einzeln mit Littern, Nummern und Gelbbetrag verzeichnet, sowie die einzuliefernden Zins-Coupons mit ihrer Stückzahl angegeben werden.

Zugleich wiederholen wir unsere frühere Bemerkung, daß wir so wenig, als die Kontrolle der Staatspapiere, uns mit den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern der vorbezeichneten gekündigten Kur- und Neumärkischen Schuldverschreibungen, wegen Realisirung derselben in Correspondenz einlassen können, denselben vielmehr überlassen bleiben muß, diese Dokumente an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse zur weiteren Beförderung an die Kontrolle der Staatspapiere einzuliefern. Berlin den 20. Dec. 1843.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Koether, von Berger, Natan, Koehler, Knoblauch.

Mit Bezug auf vorstehendes, bereits durch die Staatszeitung, die beiden Berliner Zeitungen und das Berliner Intelligenz-Blatt zur öffentlichen Kenntniß gebrachte Publikandum der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 20. December 1843 wird das darin erwähnte Verzeichniß der in der fünften Verloosung gezogenen Kurmärkischen Schuldverschreibungen über 48,000 Rthlr. und Neumärkischen Schuldverschreibungen über 11,700 Rthlr. nach ihren Nummern, Littern und Gelbbeträgen dem gegenwärtigen Amtsblatt Stück IV. als Beilage beigefügt werden. Auch kann dieses Verzeichniß später sowohl bei der hiesigen Amtsblatts-Redaction (Ursuliner-Straße No. 6) als in der Regierungs-Registratur bei dem Civil-Supernumerarius P. P. H. eingesehen werden.

Bei der Einlösung dieser Schuld-Obligationen bleibt es wie bei der früheren Verloosung den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern solcher Schuldverschreibungen überlassen, diese an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse abzugeben, von welcher sie dann an die Staatsschulden-Tilgungskasse zur Realisation zu befördern sind, wogegen die Kontrolle der Staatspapiere auch diesmal nur die ihr von den in Berlin anwesenden Inhabern präsentirten Obligationen auszahlen wird.

Demzufolge werden die Besitzer der ausgelooften Kur- und Neumärkischen Obligationen im Breslauer Regierungs-Bezirk, welche die Beforgung der Realisation ihrer gekündigten und resp. vom 1. Mai und 1. Juli d. J. ab nicht weiter verzinsbaren Kurmärkischen und Neumärkischen Schuldverschreibungen durch die Königl. Regierungs-Hauptkasse wünschen, aufgefordert, dieselben mit den dazu gehörigen letzten Coupons und zwar zu den ersteren die zu denselben gehörigen 7 Zins-Coupons Ser. II. No. 2 bis 8, welche die Zinsen vom 1. Mai c. bis 1. November 1847 umfassen und mit den letzteren die zu denselben gehörigen 6 Zins-Coupons Ser. II. No. 3 bis 8, welche die Zinsen vom 1. Juli k. J. bis 1. Juli 1847 umfassen, mittelst einer in duplo anzufertigenden, deutlich ge- und unterschriebenen Nachweisung mit Angabe der Nummern, Buchstaben und Gelbbeträge und einer Specification der Zins-Coupons an die genannte Kasse gegen Rückempfang einer Interims-Quittung zur weiteren Veranlassung baldmöglichst zu übergeben, oder portofrei zu übersenden.

Die Königl. Regierungs-Hauptkasse ist zu deren Annahme bis spätestens den 15. April und resp. 15ten Juni c. ermächtigt und wird solche, so weit sich bei der diesseitigen Prüfung nichts zu erinnern findet, vorschriftsmäßig weiter befördern und nach erfolgter Anweisung des Nennwerths für dessen Auszahlung zu seiner Zeit sorgen.

Zugleich werden alle Königl. Kassen aufmerksam gemacht, die etwa vorhandenen Bestände der Deposito, besonders in den Kreis-, Communal- und Institutens-Kassen genau nachzusehen, ob bei denselben verloofter Kur- und Neumärkischer Schuldverschreibungen vorkommen, und wenn dies der Fall sein sollte, die Realisation derselben vorschriftsmäßig durch Einwendung an unsere Regierungs-Hauptkasse nachzusuchen.

In der Regierungs-Hauptkasse wird ein Exemplar der Verloosungsliste ausgelegt werden und fordern wir die betreffenden Behörden auf, diese Maßregel auch bei den übrigen öffentlichen Kassen zur Ausführung zu bringen. Breslau den 20. Januar 1844.  
Königl. Regierung.

**Bekanntmachung.**

Die Aufnahme-Prüfung der achtzehnjährigen Präparanden wird in diesem Jahre den 1ten und 2ten April — die Vorprüfung der sechzehnjährigen Schul-Abspiranten aber den 15ten und 16ten April gehalten werden. Alles Nähere in den drei Amtsblättern!  
Breslau den 22. Januar 1844.  
Königl. kath. Schullehrer-Seminar.

**Uebersicht der Nachrichten.**

Zolleinnahme des Zollvereins. — Die Aufnahme mehrerer Entscheidungen des Ober-Censurgerichts an geeigneter Stelle. — Demonstrationen Russlands bei der hohen Pforte. — O'Connell. — Correspondenz, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und den Vereinigten Staaten.

Hrn. Redacteur Hilscher. Zum zweiten Male innerhalb vier Tagen haben Sie, mein geehrter Herr, in der Schlesischen Zeitung eine Sonne über mehrere von der Breslauer Ztg. publizierte Aufsätze ausgehen lassen. In Nr. 16 gab diese Sonne einige Explicationen über die verschiedenen Systeme der National-Oekonomie, wie man sie in jenen Handbüchern, welche im gewöhnlichen Leben Examens-Essays-Brücken genannt zu werden pflegen, findet; in Nr. 18 übernimmt sie die Rolle eines Leib- und Schildknappens des Hrn. Bergius, mit dem ich mich wegen eines Artikels „die Landwirthe und die Fabrikanten“ freundlich verständigen zu müssen meinte, da er in demselben direkt und indirekt frühere, von mir verfaßte Artikel angegriffen hatte. Der Leibknappe weiß nicht, oder will es, um mich zu ängstigen, nicht verrathen, ob es sein Herr und Meister der Nähe werth halten wird, sich selbst zu vertheidigen — was mir, im Vertrauen gesagt, recht sehr gleichgiltig ist —, er weiß jedoch, der lose Schelm! in Bezug auf mich kleine Mysteres, durch deren Enthüllung er mich teilig zu einem pater

peccavi und zu dem Entschluß, das bereits eingenommene Feld freiwillig zu räumen, zu bringen hofft. Die Sonne spricht von meinem Dilettantismus in diesem Zweige des Wissens, sie verweist mich in das Feuilleton, „wo ich mich mit Leichtigkeit bewege.“ Ich gestehe, daß ich die Lust verspürte, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und die anmaßliche Eitelkeit und brollige Selbstgefälligkeit dieser Sonne durch die Erinnerung an gewisse Gegenstände zu dämpfen, bei deren Erörterung sie sich selbst noch nicht die seltsame Verbindung gestellt hatte, daß die Autorisation und Legitimation eines Publizisten von einer höheren Approbation abhängt, daß ein Publizist nur in demjenigen Zweige zu wirken sich unterfangen dürfe, in welchem ihm von Staatswegen ein Zeugniß der Reise ausgestellt worden ist. Aber die Sonne ist mir zuvorgekommen, sie hat sich meiner Discretion anvertraut und mir heut brieflich die Hand freundlich mit dem Wunsche gereicht, daß durch diese Polemik unser gutes Vernehmen nicht gestört werden möge. Ich lege Ihnen, mein geehrter Herr Redacteur, die Zeilen vor, welche jene, gewiß gerechtfertigte, Lust einhalten mußten, obgleich ich, wie Sie wissen, niemals eine öffentliche Polemik gesucht habe und niemals einer aus dem Wege gegangen bin, seitdem Sie mir zuerst vor mehreren Jahren in unserer Stadt das Terrain der Zeitungen für meine publizistische Wirksamkeit eröffnet haben. Ich gehe demnach säuberlich mit der Sonne um ich frage nicht nach den Beweisen Ihrer eignen Berechtigung, ich frage nicht, ob sie gerade nur bei Fragen der Handelspolitik die öffentliche Erörterung gewissen Leuten reservirt halten will, welche ein Privilegium erworben zu haben glauben, weil ihre Studien eine äußerliche Sanktion empfangen haben. Dem Himmel sei Dank, heut zu Tage gilt das, was Jemand in der Presse leistet. Wir acceptiren gern die Männer vom Fach, aber sie müssen es nicht jenen jugendlichen Renommisten gleich thun wollen, die ein ausschließliches Recht auf das Trottoir zu besitzen meinen und mit burleskem Drohe jeden Andern bei Seite stoßen. Die Sonne hält eine politische Zeitung nicht für den geeigneten Ort zur Abhandlung der großen Fragen des Industrie- und Merkantilsystems (??). Sie, mein Herr Redacteur, haben dies antiquirte Sonnensystem selbst bereits mit den wenigen Zeilen Ihrer Note nach Recht und Verdienst über den Haufen geworfen. Vergönnen Sie mir nur noch folgende Bemerkungen. Hätte die Sonne meinen Artikel ordentlich gelesen, so würde sie die ausdrückliche Angabe des Grundes gefunden haben, weshalb ich in diesem Artikel das Schlachtfeld einem Aufsatze des Dr. List einräumte und nicht selbst weiter occupirte. Was die Sonne von meiner in fremde Galle getauchten Feder spricht, verstehe ich nicht; es mag ununtersucht bleiben, ob sie sich in einem absichtlichen oder unabsichtlichen Irrthum befunden oder ob sie lediglich auf einen bessern Effekt hin ein perfides Wort gebraucht hat. Wenn die Sonne endlich dem Liberalismus zu bedenken giebt, daß es sich nicht ziemt, eine Hand noch freimüthigen Institutionen und die andere nach Privilegien auszustrecken, so beruht ihre Erinnerung auf nichts mehr und weniger als einer etwas kindischen Ansicht. Schon in meinem Artikel gegen Hrn. Bergius führte ich an, daß das System des sogenannten freien Handels auf den Titel gleich stolz sein dürfe, wie die Freiweiber auf den ihren. Genehmigen Sie, mein Herr Redacteur, die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung. Breslau den 22. Januar 1844.  
Leopold Schweizer.

Hrn. Referendarius Schweizer. Da Sie selbst, geehrter Herr, mich daran erinnern, daß ich Ihnen zuerst in unserer Stadt das Terrain der Zeitungen für Ihre publizistische Wirksamkeit eröffnet habe, so darf ich wohl an diese Erwähnung unbesangenen den Wunsch knüpfen, jene Wirksamkeit möge immer nur, wie es in der Schlesischen Zeitung der Fall war, der guten Sache gewidmet sein, und nicht, wie die Blätter, auch manchmal die Farbe wechseln. Besonders würde ich Sie vor der Eitelkeit warnen, wenn ich Sie nicht frei davon glaubte. So konnte z. B.

Ihre Herr Begner mit gutem Gewissen sagen, daß Sie sich im Feuilleton mit Leichtigkeit bewegen, weil das wahr ist. Wenn aber Sie diese Aeußerung wiederholen, so ist dieß Eigenlob, und in welchem Geruche Eigenlob steht, wissen wir alle. Matthias Claudius, der offenerhitzige alte Wandsbeker Bote, schreibt irgendwo: „Sieb dem So und so (das Wort, dessen er sich bedient, ist mir entfallen) Gift, das heißt, lob' ihn.“ Quod bene notandum, und — nichts für ungut. H i l f e r.

**J u l a n d.**

Berlin, vom 20. Januar. — Ihre Majestät die Königin haben in der Nacht einige Stunden ruhig geschlafen und sind heute frei vom Fieber, so daß der Zustand nichts zu wünschen übrig läßt.

Berlin, den 20. Januar 1844.

(gez.) Dr. Schönlein. Dr. von Stosch.

Der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Söndertrop ist zum Justiz-Kommissarius für die Kreise Dramburg und Schivelbein, mit Anweisung des Wohnsitzes in Dramburg, und zugleich zum Notar in dem Departement des Ober-Landesgerichts zu Köslin bestellt; und der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Dr. Ziehm zum Advokaten bei den Gerichten auf der Insel Rügen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bergen, und zugleich zum Notar in dem Departement des Ober-Appellationsgerichts zu Greifswald bestellt worden.

Der Fürst Felix Lichnowsky ist von Krzjanowitz; der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, von Meding, von Heiligengrabe und der General-Major und Kommandant von Graudenz, von Barfus, von Königsberg in Pr. hier angekommen.

Der General-Major und Commandeur des 4ten Division, von Holleben, ist nach Stargard abgereist.

Eine Verfügung des Justiz-Ministerialblattes vom 4. Januar trifft verschiedene nähere Bestimmungen in Bezug auf die Gebühren der Justiz-Kommissarien in Konkursachen. Eine allgemeine Verfügung vom 10. Januar weiß sämtliche Gerichts-Behörden an, die auf den Grund einer irrigen Auslegung der Ministerialverfügung v. 28. Oct. von einigen Obergerichten erlassenen Verfügungen zur Freilassung von Landstreichern, Bettlern und Arbeitsscheuen, die ihre Strafe bereits angetreten hatten, zurückzunehmen und deren Ausführung, so weit sie noch nicht bewirkt ist, auszuführen, weil in der angeführten Ministerial-Verfügung nur davon die Rede war, wie künftig zu erkennen sei, während der Erlass einer einmal rechtskräftig erkannten Strafe immer nur im Wege landesherrlicher Begnadigung erfolgen kann und folglich die einzelnen Fälle dem Justiz-Minister hätten angezeigt werden sollen, um die landesherrliche Begnadigung einzuholen. Eine allgemeine Verfügung vom 15. Januar fordert, mit Bezugnahme auf die Bitte der zum sechsten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Posener Stände, um nähere Bestimmung darüber, „wie die Fristen, von denen im Konkurs das Vorrecht der §§ 367. bis 376. b. Tit. 50. Th. I. der Allg. Gerichts-Ordnung bezeichneten Forderungen abhängig ist, nach eingetretenerm Tode des Gemeinschuldners zu berechnen, wenn kein Konkurs, sondern nur ein erbchaftlicher Liquidations-Prozess eröffnet worden; oder auch, wenn der erbchaftliche Liquidations-Prozess später in einen Konkurs übergeht,“ das königliche Kammergericht und sämtliche königl. Ober-Landesgerichte zur gutachtlichen Aeußerung darüber auf: I. ob ein Bedürfnis zu der beantragten näheren Bestimmung anzuerkennen; II. im Bejahungsfalle, wie die angeordnete Lücke in der Gesetzgebung auszufüllen. Eine Verfügung vom 8. Januar setzt die Gerichtsbehörden von der durch den Landtags-Abschied vom 10. December v. J. auf den Antrag der Provinzialstände von Schlesien getroffenen Allerhöchsten Bestimmung, daß die Kosten in Untersuchungsachen gegen die unvermögenden Frauen und die noch im väterlichen Hause befindlichen Kinder derjenigen Soldaten, welche den in einigen Städten noch bestehenden Invaliden-Compagnien angehören, künftig auf die Staats-Kassen übernommen werden sollen, zur Nachachtung für die Zukunft in Kenntniß.

(U. Pr. 3.) Nach der kürzlich vom Central-Bureau des Zollvereins zusammengestellten Nachweisung der Zoll-Einnahmen für die drei ersten Quartale des verflossenen Jahres, belaufen sich diese Einnahmen auf 17,892,776 Rthlr., in den ersten drei Quartalen des Jahres 1842 waren aufgenommen 16,048,532 Rthlr., also in 1843 mehr 1,844,244 Rthlr. Die Mehr-Einnahmen vertheilen sich ziemlich in dem bisherigen Verhältnisse auf die sämtlichen Vereinsstaaten; nur für Württemberg ist eine unerhebliche Verminderung gegen das Vorjahr eingetreten, doch auch hier nur wegen des zufälligen Umstandes, daß die bedeutendste der dortigen Kolonial-Zucker-Raffinerieen ihre Fabrikation beschränkt hat. Den Artikeln nach rührt ein großer Theil der Mehr-Einnahme von dem Eingange von Eisenschienen für den Bau der süddeutschen Eisenbahnen her, dann von der vermehrten Einfuhr von Rohzucker, Kaffee und besonders Taback. Auch die Einfuhr von Baumwollengarn ist in etwas gestiegen, wogegen die Einfuhr von Baumwollen-Fabrikaten im Abnehmen zu

ein scheint. Wir hoffen, unsern Lesern nach erfolgter Zusammenstellung der Zoll-Einnahmen des verflossenen Jahres auch hierüber Nachricht mittheilen und damit eine Vergleichung der Einnahme aus den früheren Jahren seit der Gründung des Zollvereins verbinden zu können, welche das erfreuliche Ergebnis darlegt, daß diese Einnahmen von Jahr zu Jahr und weit über das Verhältnis der nach und nach eingetretenen Erweiterung des Zollvereins und der steigenden Bevölkerung sich erhöht haben.

Das heute ausgegebene Militair-Wochenblatt meldet folgende Personal-Veränderungen in der Armee: von Scharnhorst, General-Major und Inspecteur der ersten zum Inspecteur der vierten Artillerie-Inspection ernannt. von Fenichen, General-Major, als Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspection bestätigt. von Frankenberg, Oberst und Brigadier der 8ten Artillerie-Brigade, unter Aggregation bei dieser Brigade, zum interimistischen Inspecteur der 1sten Artillerie-Inspection, von Knobloch, Oberst-Lieutenant von der Gardes-Artillerie-Brigade, zum interimistischen Brigadier der 8ten Artillerie-Brigade ernannt. von Röbe, Hauptmann a. D., zuletzt im 36sten Infanterie-Regiment, der Charakter als Major und die Erlaubniß zur Tragung der Regiments-Uniform mit den vorsch. Abs. f. B. ertheilt.

(Magdeb. 3.) Es stellt sich leider immer deutlicher heraus, daß die Gewerbefreiheit, statt den Mittellosen Gelegenheit zu geben, selbstständig zu werden, von der Speculation aufs Beste ausgebeutet wird. So kommt es nur zu oft vor, daß Leute sich Patente zur Betreibung von mehreren Geschäften lösen, von denen sie gar nichts verstehen; sie arbeiten nicht und ziehen doch den Hauptgewinn. Wahrscheinlich wird jetzt eine Art von Examen eingeführt, ob derjenige, welcher Meister werden will, auch was von der Sache versteht. In vielen Fällen wird man auch ein Meisterstück anfertigen lassen. — Mit Nächstem wird ein Portrait des Prinzen von Preußen auf Subscription erscheinen mit Erlaubniß des hohen Protector, rings mit Maurer-Emblemen verziert und mit der Unterschrift: „Meinen Brüdern.“ Das Bild ist groß, schön, ähnlich und billig. — Man erzählt, daß noch vor Beendigung des Prozesses Edgar Bauer's Buch: „Staat und Kirche“ in einer Papiermühle eingestampft ist. Das wäre eine Bestrafung vor dem Urtheile.

In einem Aufsatz des Edinburgh review macht der Verf. u. a. bei dieser Gelegenheit in Bezug auf die Eisenbahnen hinsichtlich der Nachteile der Erhöhung des Zolls auf verarbeitetes Eisen, einige Bemerkungen, die nicht zu übersehen sein dürften. „Vor Allem“, sagt er, „würde dadurch ein großes Hindernis für die Ausdehnung der Eisenbahnen entstehen, von denen die weitere Entwicklung der Hülfquellen Deutschlands so wesentlich abhängt. Es sind gegenwärtig in den deutschen Bundesstaaten 20 Eisenbahnlinien in Thätigkeit, deren Länge, zusammengenommen, 1100 engl. Meilen ausmacht. Was indeß bis jetzt vollendet worden, ist nicht der 10. Theil dessen, was, nach dem natürlichen Laufe der Dinge, in dieser Hinsicht geschehen wird und muß. Kaum hätte man daher eine schlechtere Zeit wählen können, um, zuerst den Preis des Roheisens, zum Besten der Besitzer der Eisengruben, u. dann (denn ein falscher Schritt zieht gewöhnlich den andern nach sich) den Preis des verarbeiteten Eisens zu erhöhen, um die Besitzer der Eisenhämmer zu entschädigen. Es ist bekannt, daß die deutschen Eisengruben, die namentlich in Rheinpreußen, Westphalen und Schlesien liegen, sich in einer bedrängten Lage befinden, was theils in dem Mangel an Straßen und an Kohlen hauptsächlich aber an der schlechten, sie betreffenden Gesetzgebung liegt, so wie an dem Monopole und an den schweren und ungleichen Steuern, wodurch die Kosten des zu Tage geförderten Metalls so sehr erhöht werden. Schon länger hätte man eine gänzliche Revision des Bergwerks-System vornehmen und die Regalien und andere Lasten gleichstellen und bedeutend herabsetzen sollen. Statt dessen aber beabsichtigt der Zoll-Verein einen Unterscheidungs-Zoll (discriminating duty) für das fremde Eisen, und glaubt dadurch den Beschwerden der Grubenbesitzer abzuhehlen und zu gleicher Zeit die Grundeigentümer zu befriedigen, welche, als Besitzer von Waldungen, eine Erhöhung der Holzpreise, als Folge der steigenden Thätigkeit in den Gruben-Bezirken, erwarten. Es würde in der That der preussischen Regierung (denn Preußen ist bei dieser Angelegenheit besonders beteiligt) wenig zum Ruhm gereichen, wenn sie, bei ihrer ausgesprochenen Hinnelung zu einer freisinnigen Handelspolitik, dem selbstlichen Begehren einer Classe von Interessenten, wie diese es sind, nachgeben wölte. Die vorgeschlagene Maßregel ist ein abermaliges, sehr ungünstiges Zeichen der Beschränkungs-Ansichten des Zollvereins, und muß natürlich den Handelsstand hier zu Lande etwas beunruhigen. Wir können indeß zu unserer Beruhigung annehmen, daß noch eine lange Zeit vergehen werde, ehe die Einfuhr des englischen Eisens nach Deutschland bedeutend wird sinken können. Es werden noch manche Jahre vergehen, ehe die einheimische Erzeugung zu einem solchen Grade

wird gesteigert werden, um das ganze Bedürfnis von Deutschland zu befriedigen, ein Bedürfnis, d. s. in einem Grade frigt, mit welchem die einheimische Concurrenz unmöglich Schritt halten kann. Die Masse des in die Zollvereins-Staaten eingeführten Roheisens ist seit 1834, wo sie 207,203 Ctr. betrug, im J. 1842 auf 1 Mill. 195,925 Ctr. gestiegen, und die Masse des Stabeisens in derselben Zeit von 149,493 auf 930,686 Ctr. Wir sehen also hieraus, daß die Einfuhr beider Sorten von Eisen innerhalb 8 Jahren sich um das Sechsfache, oder um 600 pCt., vermehrt, während die einheimische Produktion nicht 28 pCt. überstiegen hat.“ — Was für und gegen die Frage zu sagen ist, hat man in den deutschen Blättern wiederholtentlich zur Oeffentlichkeit gebracht, und wir enthalten uns daher aller Betrachtungen darüber; nur ist im Einzelnen wohl soviel gewiß, daß, wenn die Eisenbahnen, wie augenscheinlich, mit jedem Tage eine größere Ausdehnung gewinnen, die einheimische Erzeugung schwerlich im Stande sein wird, selbst in längerer Zeit, das nöthige Material allein zu beschaffen. (Spen. 3.)

Magdeburg, vom 20. Januar. (Magdeb. 3.) Nach amtlicher Mittheilung ist die in der Düsseldorfser und Magdeburger Zeitung aufgenommene Nachricht, daß in dem zu Halle nach dem pennsylvanischen System erst jüngst errichteten Mustergefängniß Verbrecher in Wahnsinn verfallen, völlig ungegründet, indem, wie hierdurch amtlich versichert wird, die Anstalt nach dem pennsylvanischen Systeme nicht eingerichtet, auch kein einziger Verbrecher bis jetzt in der Anstalt in Wahnsinn verfallen ist.

(Düss. 3.) Der Stadt Magdeburg soll vom Fiskus ein bedeutendes Terrain zu ihrer Vergrößerung käuflich überlassen worden sein. Die hiesige Festung, welche bisher der Erweiterung Magdeburgs im Wege stand, will man jetzt nach den neuern Systemen mit Thürmen und Citadellen, wie Posen und Köln, umgestalten, was allerdings eine Handelsstadt weniger beeinträchtigt.

△ Schreiben aus Berlin, vom 19. Januar. — Ist es wohl an der Zeit, ein ruhiges Wort über die vornehme Art und Weise zu sagen, mit welcher man hin und wieder diejenigen bedenkt, welche sich die Mühe geben, die preussische Nation durch die Presse von den Interessen zu unterrichten, die ihr — der Nation nämlich — nächstes Wohl und Weh berühren. Wir haben nun einmal kein öffentliches, politisches Leben, sondern ein sekretirtes, und zwar ein sekretirtes durch das gewichtige Wort: Amtsverschwiegenheit. Nichts desto weniger wollen die Provinzen wissen, was in Berlin vorgeht; und dieser Trieb ist nicht mehr zurückzudrücken. Indem wir — ich rede hier im Namen meiner ehrenwerthen Collegen — uns die gar nicht geringe Mühe geben, zugleich auf eine erschöpfende, zugleich auf eine würdige Weise dasjenige regelmäßig zu veröffentlichen, was den preussischen Vaterlandsfreund interessiert, leisten wir und die verehrlichen Redactionen, die uns ihre Spalten gönnen, dem Staate einen Dienst, einen wesentlichen Dienst. Ohne unsere Wirksamkeit würde die Nation über ihre nächsten Interessen (und unser erhabener König hat sich oft darüber ausgesprochen, daß er Staatsbürger will, die für das Vaterland begeistert sind) wenig Positives erfahren und sich mit den abenteuerlichsten Gerüchten umhertragen, die doch nur Bewirung anstiften müßten. Ob wir nun, namentlich in unserer Provinzialpresse, unsere schwierige Aufgabe würdig lösen, darüber kann wohl unter Verständigen nur eine Stimme sein. Obschon wir doch eigentlich im Dunkeln tappen, so ist es eine Thatsache, daß die gesammte preussische Provinzialpresse in Jahresfrist kaum fünf Mittheilungen gebracht, die sich nicht ganz befähigt haben; alles Uebrige hat sich bewahrheitet; und Schreiber dieses, der gewiß nach seinen Kräften Mannigfaches und Mannigfaltiges anregt und erzählt, ist noch niemals in die Lage gekommen, daß man ihm irgendwie zu widersprechen sich befugt findet. Wir, o wir Publicisten, obre um mit gewissen Leuten zu reden: wir Zeitungsschreiber geben, versteht sich in der Gesamtheit, ein sorgames, treues Bild des hundertfachen Detail, das sich hier abspinnet, so weit wir es zu erfahren vermögen und so weit dessen Veröffentlich-

Deutschland.

lichung mit der Vaterlandsliebe, die uns erfüllt, vereinbar ist. Da wir doch also ganz nach den Intentionen unseres erhabenen Monarchen wirken, der ein erfreuliches Interesse für das Staatsleben will, so begreifen wir gar nicht, warum man hin und wieder uns Zeitungschreibern zürnt und uns mißliebiger behandelt. Man sollte uns ermuntern, unsere Dienste anerkennen, und in huldvoller Stimmung dafür Sorge tragen, daß wir einst Pension vom Staate beziehen, dem wir ja nach Kräften gedient. — Wie es heißt, wird die Monatschrift des Herrn Dr. Wöniger „der Staat“, die namentlich für das merkantilische, in unseren Tagen so lebhaft angeregte Interesse manches Gediegene enthält, zum April eingehen. Es will sich im Ganzen für Monats- und Wochenchriften bei uns kein rechtes Terrain finden lassen. — Erst Mittwoch Abend deklarirten die Aerzte Ihrer Majestät, unserer allgemein verehrten Königin, das die hohe Frau be- troffene Unwohlsein als Masern; und bereits am andern Morgen enthielten die Zeitungen das beruhigende Bulletin. Diese dem Publikum von höchster Stelle aus geschenkte Berücksichtigung hat einen ungemein guten Eindruck gemacht, und erweist doch, daß man gerade allerhöchsten Ortes den natürlichen Trieb des Volkes, darüber rasche Kunde zu erhalten, was das- selbe interessiert, nicht nur nicht mißbilligt, sondern ihm Genüge leistet. Uebrigens geht die erhabene Landes- mütter erfreulicher Genesung entgegen, und bis auf einige Absperrungen von denjenigen, welche die Hof- fern noch nicht gehabt, ist kein Derangement bei Hofe vorgekommen. Die Herzogin von Dessau, ein Lieb- ling des Königs und der Königin, wollte uns, in Folge jenes Falls früher, als es bestimmt war, ver- lassen, wird nun aber noch volle 5 Wochen in Ber- lin verbleiben. Auch der Gesundheitszustand unserer geistvollen Prinzess Albrecht, der neulich das Diario di Roma wohl verdiente Anerkennung zollte, ist be- friedigend. — Bekanntlich ist Graf von Bülow, ein Schwiegerohn unsers Bülow-Summerow, in Kopen- hagen mit den weiltläufigen und endlosen Unterhand- lungen beschäftigt, die den Sundzoll betreffen. Aus den in solchen Dingen wohlunterrichteten Hansestädten erfährt man, daß die dänische Regierung nicht geneigt sei, Veränderungen eintreten zu lassen, wie sie unsere merkantilische Welt wünscht. — Das Journal des Débats enthielt neulich aus kundiger Feder eine de- tailirte Correspondenz aus Berlin über den Schwa- nenorden. Darin heißt es ausdrücklich, es seien zum Eintritt berechtigt les hommes et les femmes sans distinction de la confession chrétienne. Der französische Publicist hat also dieselbe Ansicht, wie sie die Redaction dieser Zeitung jüngst aussprach. Aus derselben Correspondenz erfahren wir auch, daß der König eine Commission von fünf Mitgliedern ernannt, welche die Statuten des Ordens zu redigiren haben. — Seit heute haben wir vollständiges Aprilwetter bei milder Luft; es regnet in Strömen.

Erfurt, vom 17. Jan. (A. Pr. 3.) Die könig- liche Urkunde vom 24. Dec. v. J., die Erneuerung des vom Kurfürsten Friedrich II im Jahre 1443 ge- stifteten Schwänen-Ordens betreffend, ist auch hie- sigen Orts das allgemeine Tagesgespräch; eine kleine Broschüre: „Der Schwänenorden.“ Wort eines Preußen an seine Zeitgenossen“, die soeben bei dem Buchhändler von Berlepsch erschienen ist, hat wesentlich dazu beigetragen, der Meinung einen festen Halt zu geben. Der Verfasser (ungenannt) scheint, wenn auch nicht gerade den Nagel auf den Kopf, doch so ziemlich das Ziel getroffen zu haben; wenigstens hält er sich an den klaren Inhalt der königlichen Urkunde, verirrt sich nicht in seitabliegende Hypothesen und legt der von ihm als groß und hochbedeutungsvoll anerkannten Idee keine Partei- oder sonstige Lieblings-Ansichten unter. In seiner Einleitung giebt er die Urkunde, geht dann zu einer Skizze des alten Schwänen-Ordens über, zeich- net kurz die Zeit von 1443, die Zustände des Landes, die Lage und die Absichten des Kurfürsten Friedrichs II. und gedenkt der Ordens-Insignien und der Statuten und kommt dann, mittelst einer Schilderung des Unterschie- des der Zeit von 1443 gegen die von 1843 im Va- derlande, auf die Erneuerung der Ordens-Gesellschaft durch unsern König. Diese findet er begründet auf die Idee, durch Vereinigung aller Religionen, Sittlichen und Rechtlichen um den Thron, dem Ueberhandnehmen der Armut und der mit dieser verbundenen Laster zu steuern. Seine Classification der Armen als „na- türliche Arme“ (durch Alter, Krankheit, Unglücksfälle u. dergleichen), Proletarier (Arme aus Mangel an Ar- beit) und Pauperisten (eigentlicher Pöbel, ohne Re- ligion und Sitte, arbeitsscheu, vom Verbrechen lebend, Feind aller ehrlichen und nützlichen Thätigkeit u.) ist zwar nicht neu, verdient aber der sich von selbst dar- bietenden Folgerungen wegen alle Beachtung. Eine treue und freie Gesinnung leuchtet überall durch, und manche Wahrheit ist kräftig gesagt, so wie die Aner- kennung des Königs-Willens jedem Preußen wohl- thun muß.

\* Frankfurt a. M., vom 17. Januar. — Die Einzeichnungen zur Betheiligung bei unserer Eisenbahn- Anleihe, deren Betrag vorläufig auf Eine Million Gul- den bestimmt war, haben in den Stunden von 3 bis 5 Uhr des gestrigen Nachmittags stattgefunden und ein erstaunenswürdiges Resultat geliefert, indem sich das- selbe auf die runde Summe von Sechszehn Millionen beläuft. — Eine neue in England kürzlich gemachte Erfindung bedrohet die deutschen Ledergerbereien mit großer Beeinträchtigung, sofern sich solche als probetal- tig erweisen sollte. Eine dortige Fabrik nämlich ver- fertigt einen Stoff, der die Oberleder ersetzen soll. Die von einem Reisenden der Fabrik hier in diesen Tagen vorgezeigten Muster kommen äußerlich dem schönsten Glanzleder gleich und empfehlen sich dabei durch Wohl- feiheit, indem die Elle des neuen Stoffs für einen preussischen Thaler feil geboten wird. Derselbe, obwohl sehr leicht, soll überdies noch dauerhafter als Leder und dabei vollkommen wasserdicht sein, so daß er zur Fuß- bekleidung für jede Jahreszeit verwandt werden kann.

Wiesbaden, vom 12. Januar. (A. 3.) In einem aus dem Nürnberger Correspondenten auch in andere Blätter übergegangenen Correspondenzartikel aus Wies- baden wird mit einem gewissen Glanz gemeldet, der herzogliche Ministerialrath v. Gagern sei kurz vor seiner Abreise nach St. Petersburg zur katholischen Kirche übergetreten. Die Nachricht ist falsch. Hr. v. Gagern, dessen Mutter eine Katholikin ist, hat schon lange das religiöse Bekenntniß seiner Mutter das seinige genannt, und Niemandem der ein Recht oder ein Interesse hatte es zu wissen, ist dieß ein Geheimniß gewesen.

In der Mannheimer Abendzeitung theilt v. Jekstein Folgendes mit: Die Familie des Professors Jordan in Marburg und er selbst danken innigst den Gebern der 126 Fl., welche ich am 2. Januar v. J., Abend- zeitung Nr. 3, an sie abgeben ließ. Ueber die weite- ren Beiträge, welche mir seit diesem Tage zu demsel- ben Zwecke zugekommen sind, bin ich sowohl den edlen Menschenfreunden, welche die Gaben sendeten, als auch mir selbst öffentliche Rechnung abzulegen schuldig. Es kamen mir unter anderen 580 Fl. 58 Kr., darunter von einer Anzahl Bürgern der Stadt Köln, um einen kleinen Beweis ihrer Theilnahme zu liefern 406 Fl. 10 Kr. Es erklären die Kölner Bürger dabei, „daß sie diese schwache Bethätigung ihrer Theilnahme, für welche sie auch ferner thätig zu sein gedenken, nur als die theilweise Erfüllung einer Pflicht, einer heiligen Pflicht ansehen. — Möge ihm sein Bewußtsein Kraft verleihen, den Schmerz über Verhältnisse zu über- winden, die ihm, wie den Seinigen einen großen Theil ihres Lebens vergiftet haben, und möge die Theilnahme der Deutschen in steigendem Maße ihm zugewendet werden. Ich habe von den eingegan- genen Geldern 580 Fl. an die Frau Professor Jor- dan angewiesen, und werde, wie bisher, die mir zu- kommenden Beiträge mit Freude an den Ort ihrer Bestimmung absenden.“

Oesterreich.

† Schreiben aus Wien vom 19. Januar. — Der in gegenwärtiger Saison erste große Hofball fand gestern statt, und wetteiferte mit all seinen Vorgängern in Bezug auf Pracht und Glanz. J. J. M. der Kaiser und die Kaiserin, so wie sämtliche anwesende Erzherzoge und Erzherzoginnen, in deren Mitte auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, und die Prinzessin von Schweden erschienen, verherrlichten das großartige Fest durch ihre Gegenwart. Se. Majestät der Kaiser ließ sich nach dem üblichen Herkommen sämtliche am hiesigen Hofe beglaubigte Botschafter und Gesandten durch den Staatskanzler Fürsten von Metternich vorstellen, und wechselte mit jedem derselben einige Worte. Fremde von besonderer Auszeichnung, welche sonst bei solcher Gelegenheit ebenfalls vorgestellt zu werden pflegen, scheinen außer dem genannten Groß- herzog von Mecklenburg und dem Fürsten Milosch, welcher nicht mehr als fremd betrachtet werden kann, nicht anwesend gewesen zu sein. Wie es heißt, wird dieses Fest noch zweimal wiederholt werden, und außer-

dem findet fast allwöchentlich ein großer Kammerball statt. — Im diplomatischen Corps ist es bis jetzt in Bezug auf die Carnevals-Freuden ziemlich stille zuge- gangen; nur der königl. preussische Gesandte, General von Camis, hat denselben bis nun sein gastliches Hotel eröffnet; indessen heißt es, daß der englische und fran- zösische Botschafter seinem Beispiele bald folgen werden. — Der Großherzog von Mecklenburg ist hier der Ge- genstand großer Aufmerksamkeit; von allen Seiten be- eifert man sich, dies an den Tag zu legen. Die meisten frem- den Gesandten, so wie ein Theil des hiesigen hohen Adels haben Sr. königl. Hoheit zu Ehren schon Feten veranstaltet oder bereiten solche vor. Die Beförderung der hiesigen Merkwürdigkeiten, welchen der Großherzog viele Theilnahme schenkt, nimmt nebstbei einen großen Theil seiner Zeit in Anspruch. Von hier aus wird der erlauchte Gast seine Reise über München nach Rom fortsetzen. — Berichten aus Görz zufolge ist ein da- selbst privatistischer Graf Atems von mehren Dolch- stichen durchbohrt in seinem Bette ermordet gefunden worden.

Russisches Reich.

Kalisch, vom 12. Januar. (Rh. u. M. 3.) Die Bestürzung der jüngeren polnischen Beamten über die geringen Aussichten wegen ihres Aufrückens ist unbes- schreiblich. Der ältere Ukas wird jetzt mit Strenge angewendet, wonach die höheren Stellen nur nach 5jährigem Dienste in den altrussischen Provinzen zu er- langen sind. Wenn die Beamten nun auch zu Be- werbungen um Dienst in den alten Provinzen sich ent- schließen, und hier weggehen wollen, so wird das häu- fig abgeschlagen! Auch ist die Mißlichkeit, von dort wieder hierher versetzt zu werden, noch viel größer. Eine traurige Lage! Um so mehr, als die immer zahl- reicher einrangirten Russen in den hohen Stellen, die jungen Polen schon während der ersten Stadien ihrer Laufbahn nicht begünstigen. — Die Ehen zwischen unseren Fräuleins und den russischen Beamten oder Offizieren nehmen sehr zu; die jungen Mädchen wol- len endlich versorgt sein, wozu der jüngere polnische Beamte jetzt nicht so leicht Aussicht bietet. Die Kin- dern werden, wie Sie wissen, alle griechisch-katholisch, die Zahl der Kirchen des letzteren Bekenntnisses wächst mit jedem Jahre. — Unsere Grenz- und Zoll-Bedienstun- gen werden nicht mehr so gesucht wie früher, das trockene Brot der kleinen Gehälter läßt sich jetzt nicht ohne große Gefahr — schmieren. — Die Macht des Gouvernements schreitet sichtbar in jedem Jahre mit der archimedischen Schraube vor. Vae victis! Vae nostrae discordiae!

Von der russischen Westgrenze, vom 7. Ja- nuar. (Rh. u. M. 3.) Was bei dem langwierigen Kampfe gegen die rebellischen Bergvölker, alles Andere bei Seite gesetzt, wodurch dessen Entscheidung verzögert wird, mit Recht großes Bedauern erregt, dies sind die Vorräthe von Waffen und Kriegsbedürf- nissen, womit diese Völker reichlich versehen zu sein scheinen, obgleich es eine bekannte Thatsache ist, daß sie selbst deren Fabrication nur höchst unvollkommen betreiben. Somit verdient wohl einigen Glauben das hier verbreitete Gerücht, es seien russischen Seits Re- monstrationen bei der hohen Pforte gemacht worden, womit es im Wesentlichen darauf abgesehen wäre, sie auf die wahrscheinlich nicht uninteressirte Fahrlässigkeit ihrer bei den Meerengen angestellten Beamten aufmerk- sam zu machen, welche die Durchfahrt auch solchen Schiffen gestatteten, die Waffen und Kriegsbedürfnisse geladen haben, ohne genügenden Ausweis über den Ort ihrer Bestimmung, was besagter Vertrag ausdrück- lich verbietet. Jene gerüchtswürdige Annahme zu unter- stützen, nimmt man Bezug auf Truppenzusammenzie- hungen, die in den südlichen Gouvernements stattge- funden haben. Ohne diese Thatsache selbst in Abrede stellen zu wollen, braucht man darin noch keine De- monstration gegen die Türkei zu gewahren.

Frankreich.

Paris, vom 15. Jan. — Es verbreiten sich Gerüchte ernster Art über gewisse Zwischenfälle, welche die Debatten über die Adresse hervorgerufen haben sollen. Man sagt, Herr Guizot wolle mit einer Masse aufge- fangener Briefe auftreten und die Ausstoßung des Hrn. Berryer und mehrerer seiner legitimistischen Kolle- gen aus der Kammer beantragen. Zu dem Ende wolle er aus jenen Briefen nachweisen, daß dieselben seit 13 Jahren gegen die bestehende Regierung konspiriren und daß sie demnach geradezu gegen den der Kammer geleisteten Eid gehandelt haben. Das Ministerium, heißt es ferner, erwarte von einer solchen Erklärung den besten Erfolg. — Der Herzog Fitz-James hat einen charakteristischen Brief an Hrn. Guizot veröffentlicht. Derselbe bekräftigt die Aeußerungen, die er in Belgrave- Square gemacht haben soll, und welche die legitimisti- schen Blätter bestritten hatten. Seiner Eigenthümlich- keit wegen möge dieser Brief hier eine Stelle finden: Sie haben mich auf einer Tribune, die ich zu meiner



(Fortsetzung.)

von Amerika und den zum Zoll- und Handels-Verein gehörenden deutschen Staaten zu treffenden Uebereinkommens, vorbehaltlich jedoch der Genehmigung meiner Regierung, die mich zu diesem Zweck, nach reiflicher Erwägung der beiderseitigen Anerbietungen, mit den erforderlichen Instruktionen versehen wird. Ich schlage demnach vor, bei dem Beginn der Verhandlungen über ein solches Uebereinkommen hauptsächlich von der Basis eines Austausch gleichgeltender Vortheile durch gegenseitige Herabsetzung ihrer resp. Zolltarife auszugehen, so zwar, daß dem Handel unter ihnen größere Ausdehnung gegeben würde, ohne doch den der nationalen Industrie eines jeden Landes zur Zeit verleihten Schutz allzu sehr zu beeinträchtigen. In der Voraussetzung, daß der gegenwärtige Eingangszoll auf Reis im Zollverein nicht erhöht wird und daß Baumwolle auch ferner zollfrei verbleibt, nimmt die amerikanische Regierung ihrerseits weiter nichts in Anspruch, als eine Ermäßigung der Vereinzölle auf den aus den Verein-Staaten eingeführten Taback. Dagegen würde die amerikanische Regierung solchen Falls geneigt sein, eine Herabsetzung der amerikanischen Zölle auf mehrere Artikel, das Produkt oder Fabrikat der zu dem Zoll- und Handelsverein gehörenden deutschen Staaten, zu gewähren, wie z. B. auf Leinen und andere Manufakturen von Flach oder Hanf; auf Seiden- und Halbselbdenwaaren, bei denen Seide der vorherrschende Stoff; auf Zwirn- und Baumwollen-Spizen, Gold- und Silber-Tressen, Silber gemischt; Strumpfwaaren, Spiegelglas, Spielwaaren und dergleichen durch gemeinschaftliche Uebereinkunft bezeichnete Gegenstände mehr; — vorausgesetzt, daß der deutsche Zoll- und Handelsverein wirklich eine Seitens der amerikanischen Regierung annehmbar befundene Ermäßigung der Einfuhrzölle auf amerikanische Tabacke einzutreten läßt. (unterz.) Henry Wheaton.

II. Baron v. Bülow an Hrn. Wheaton. Berlin, den 10. Octbr. 1843. Mit Vergnügen habe ich aus Ihrem, unter dem 9ten d. an mich gerichteten Schreiben ersehen, daß die Regierung der Verein. Staaten von Amerika den Handel mit Preußen und den übrigen Staaten des deutschen Zollvereins zu beleben wünscht. Der Verein hat auf amerikanische Produkte keinerlei neue Zölle gelegt, im Gegentheil ist der Zoll auf Reis vor einigen Jahren beträchtlich herabgesetzt worden. An der andern Seite hingegen sind alle bisherigen Einfuhr-Artikel des Zollvereins im neuen Tarife der Verein. Staaten mit so schweren Zöllen belastet worden, daß die Versendung derselben nach Amerika dem deutschen Handel zum großen Theil ganz unmöglich gemacht ist. Wir glauben daher unsererseits mit Recht uns beschweren zu können, daß die Regierung der Verein. Staaten den status quo, wie er vor dem neuen Tarife bestand, geändert habe. Die Einfuhrzölle auf Taback, worüber sich die Verein. Staa-

ten beschweren, sind in anderen Staaten, wie in England, Frankreich und Oesterreich ungleich höher, als bei uns; — und eine Vergleichung der Jahre 1834 und 1842 beweist entschieden, daß der Verbrauch von fremdem Taback in den Zollvereinsstaaten darunter nicht weniger als gelitten hat, — 1834 betrug das Einfuhr-Quantum 148,322 Centner, 1842 war es auf 248,749 Centner gestiegen. Seit wenigen Jahren bestehen allerdings höhere Einfuhrzölle auf Cigarren und Schnupstaback, dieser Aufschlag kann aber auf die Einfuhr von Blättertaback, für welche allein sich die Verein. Staaten interessieren, nur vortheilhaft einwirken. Jede Herabsetzung des Eingangszolles auf Taback wird ein großer Verlust für die Zollvereinsstaaten sein, ohne dadurch der Staaten Amerika's irgend sicheren Gewinn zu versprechen; denn es steht noch erst zu beweisen, ob der Verbrauch von amerikanischem Taback im Verhältniß zu dieser Zoll-Ermäßigung sich mehren würde. Für jetzt ist es nicht die Absicht des deutschen Zollvereins, die Einfuhren der Baumwolle zu besteuern oder die Ansätze auf die Einfuhr von Reis zu erhöhen; in zwischen würde derselbe nicht geneigt sein, sich den Verein. Staaten gegenüber dahin verbindlich zu machen, daß auch in Zukunft keine neuen Zölle auf diese Artikel gelegt werden sollten. Die Wiedereröffnung des Marktes der Verein. Staaten, als Folge einer Herabsetzung der Eingangszölle, würde indessen für die Erzeugnisse des Bodens und des Kunstfleißes des deutschen Zollvereins unstreitig von der größten Wichtigkeit sein. Sollte daher die Regierung der Verein. Staaten uns erhebliche Vortheile für unsere Ausfuhrartikel, sowohl die in Ihrem Schreiben bezeichneten als ähnliche andere, anbieten wollen, so wird sich Preußen, und mit ihm alle Staaten des Vereins berufen, die geeigneten Maßregeln in Erwägung zu ziehen, um die Einfuhr der nordamerikanischen Tabacke in den Zollverein noch mehr, als es bisher schon geschehen, zu begünstigen. Ich ersuche Sie ic (gez.) Bülow.

Miscellen.

\* Frankfurt a. M., vom 17. Januar. — Gutzkow's neueste Theaterdichtung „Sopf und Schwert“ ging vorgestern zum ersten Male über unsere Bühne. Da wir keine Theaterkritiken zu geben uns berufen finden, so mag die flüchtige Bemerkung genügen, daß von allen hier bereits aufgeführten Dramen des nämlichen Verfassers sein jüngstes Produkt vergleichsweise den meisten Beifall beim Publikum gefunden hat.

\* Dem Galzer Missionsblatte wird aus Jerusalem geschrieben: „Die Polizei ist gut, und wir leben in Sicherheit, hören auch selten von einem Diebstahl oder dergleichen.“

Während die gegenwärtige Leipziger Hagel-Ver-sicherungs-Gesellschaft wegen der bedeutenden Nach-

schüsse, die sie im Jahre 1843 hat einfordern müssen, ihre Auflösung erklärt hat, bildet sich ein neues Institut der Art ebenfalls in Leipzig, ein zweites in Erfurt und ein drittes in Breslau. Dieses beschränkt seinen Wirkungskreis auf Schlesien, die beiden ersten wollen ihm die größtmögliche Ausdehnung geben, weil nur in ihr Sicherheit zu finden ist. Wohl wahr, allein hat man auch berechnet, ob eine solche Ausdehnung möglich sei? Bayern, Baden, Württemberg, Kurhessen, Hannover und Braunschweig haben ihre eigenen Hagelversicherungs-Gesellschaften. Mecklenburg hat deren zwei. Preußen hat die einzige Aktien-Gesellschaft für Hagelversicherung, und zwei gegenseitige, und wird die oben erwähnten beiden neuen bald haben. Außerdem besteht eine solche in Greußen. Jede dieser Anstalten kann das Bedürfniß der größtmöglichen Ausdehnung für sich behaupten, und jede steht den andern im Wege, um es zu erlangen. Wird nun eine davon einer neuen Raum geben, oder wird sie nicht vielmehr ihr Publikum an sich zu halten suchen? Referent gesteht, den gemeinnützigen Tendenzen, welche dem alten Bestehenden Abbruch thun und nicht neue Sachen, sondern nur neue Personen vorsehren, kein unbedingtes Vertrauen schenken zu können. Man vereinige die jetzt getrennten Societäten, das ist das einzige rechte Mittel, Ausdehnung und in ihr Sicherheit zu finden. (D. U. 3.)

Der humoristische Punch theilt seinen Lesern folgende Nachrichten aus dem Auslande mit: „Frankreich: König Ludwig Philipp hat dem Herzoge von Bordeaux bereitwillig einen Plan von den Festungswerken um Paris übersendet. Spanien: Die Königin hat zu befehlen geruht, daß zur Bequemlichkeit für ihre Unterthanen allwöchentlich ein Ministerwechsel stattfinden und daß es an Sonn- und Festtagen keine Regierung geben solle.“

Die Gemeinde Reute im Canton Appenzel-Außer-rhoden hat beschlossen, einen verächtigten Dieb Namens Michael Klee mit 100 Fl. nach Amerika zu spediren, weil es der Vorsteherchaft nicht möglich sei, denselben gehörig zu überwachen.

In dem Spital zu Ger in Frankreich starb in der Nacht am 18. December ein Mann, der schon am nächsten Morgen in den Sarg gelegt und des Abends begraben werden sollte. Schon hatte man das Bahrtuch darüber geschlagen und wollte den Todten hinaus-tragen, da hörte man eine Bewegung, öffnete den Sargdeckel und drinnen lag, der Todtgeglaubte mit offenen Augen. Die Frau weinte vor —. (Dorf.)

Brüssel. Ein wild gewordenes Pferd sprang kürzlich mit dem Kariolet in einen Porzellan-Laden, dessen Fenster auf die Erde reichen. Man kann sich die Verwüstung denken, welche die ganze Equipage unter dem Waaren angerichtet hat; das Klirren der Scherben, das Geschrei, machten das Pferd noch wüthender.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

++ Breslau, vom 22. Januar. — Der schlesische Kunstverein hat bei dem berühmten Maler Carl Lessing, Professor in Düsseldorf, ein großes Bild, welches irgend einen Stoff der schlesischen Geschichte zum Gegenstande haben sollte, zu bedeutendem Preise bestellt. Der Künstler hat den Auftrag angenommen, dabei seine Freude ausgedrückt, Gelegenheit zu erhalten, für sein Vaterland etwas zu liefern und wird eine Skizze des Bildes vorher einsenden; nur besorgt er, bei den vielen bereits auf ihm lastenden Aufträgen, bis zur nächsten Breslauer Kunstausstellung (1845) das Bild nicht fertig liefern zu können.

+ Breslau, vom 19. Januar. — Gestern früh bald nach Eröffnung des Gewölbes trat ein junger gut gekleideter Mann in den Laden eines Goldarbeiters auf der Schweidnitzer Straße und ließ sich durch den allein anwesenden Lehrling nicht nur eine Menge Ringe, sondern auch andere Kostbarkeiten zur Ansicht vorlegen. Er wählte mehrere Gegenstände davon für sich aus und hat, dieselben bei Seite legend, sie ihm in ein renommirtes Gasthaus auf der Dhlauer Straße nachzubringen. Als sich hierauf der Besitzer des gedachten Ladens in demselben einfindet und von seinem Lehrlinge Kunde über das eingeleitete Geschäft erhellt, sah er seine Präctiosen nach und vermiste nun einen kostbaren Stegelring, den der Fremde während des Aussehens der ihm vorgeblich zum Kauf anständigen Gegenstände, von den ihm überhaupt zu dem Zwecke vorgelegten, glücklich bei Seite gebracht hat.

Vorgestern Abend nach 6 Uhr ist äußerem Vernehmen nach auf der Kunststraße nach Strehlen ein bairischer Sattlermeister auf seinem Rückwege von hier von zwei Kerlen angehalten, und nachdem sie ihm den Mund verstopft, seines Mantels, einer Peitsche, einer

Partie Zucker und Kaffee, eines Paares Handschuhe und einer Quantität messingener Kummelhaken beraubt worden. Gestern bot ein hiesiger Fabrikgehülfe solche Haken bei einem Selbgießer zum Verkauf aus und der Zufall fügte es, daß dieser Selbgießer grade derjenige war, welcher dieselben für den obgedachten bestohlenen Sattlermeister gefertigt hatte, sie daher auf der Stelle wieder erkannte und den verdächtigen Verkäufer einem Polizei-Beamten überlieferte.

+ Breslau, vom 22. Januar. — In den letzten Tagen voriger Woche fanden sich zwei junge, gut gekleidete Männer in dem Laden eines Kunstdrechslers auf der Dhlauer Str. ein und ließen sich Schachbretter zur Ansicht vorzeigen. Während der Eine ein künstlich gearbeitetes Brett der Art angeblich im Auftrage eines Dritten behandelte und nach beendigtem Geschäft sich vorläufig bis zur Abholung bei Seite stellen ließ, mithin dadurch die Aufmerksamkeit des Ladenbesizers ausschließlich für sich in Anspruch nahm, setzte sich der Andere heimlich in den Besitz eines Stockes, im Werth von ein Paar Friedrichsd'oren. Beide entfernten sich herauf wieder und haben sich bis jetzt natürlich nicht wieder dort eingefunden, um das quäst. Schachbrett wirklich abzuholen.

Gestern Abend hatte sich auf der grünen Baumbrücke ein großer Zusammenlauf von Menschen gebildet. Als Veranlassung zu demselben ergab sich bei näherer Nachforschung, daß ein Tagearbeiter in höchst trunkenem Zustande rückwärts über die Umfassungsmauer der Brücke selbst in das Bett der Dhlau hin-abgestürzt war, von wo er durch Beamte ausgenommen und in Sicherheit gebracht wurde.

Der Rh.-u. M.-Ztg. schreibt man aus Breslau: Durch die Ernennung des Grafen Stollberg zum

Konfistorial-Präsidenten von Schlesien (mit dem Range eines Oberpräsidenten) sowie durch den früheren ähnlichen Vorgang zu Königsberg und andere, verwandte Anordnungen, scheint der Uebergang zu einem eigenthümlichen Systeme der evangelischen Kirchenverwaltung im ganzen Lande gebahnt zu werden. Eine Unabhängigkeit dieser Kirche von der Aufsicht und Aemterbestätigung oder Verleihung Seitens der Regierungen stellt sich nämlich mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht.

\* Im Verlage der Buchdruckerei von W. Pfingsten in Liegnitz erscheint seit Anfang des neuen Kirchenjahres in monatlichen Hefen von drei Octavbogen, eine religiöse Zeitschrift: „Der gläubige Christ. Monatschrift zur häuslichen Erbauung für evangelische Gemeinden“, welche unter Mitwirkung von Geistlichen und Gemeindegliedern und unter Redaction des Pastors und Superintendentur-Verweßers Albrecht Wachler zu Glas herausgegeben wird, deren beachtlicher Inhalt und Zweck aber durch folgende Rubriken hinlänglich bezeichnet sein dürfte: Erweckliche Predigten von entschieden christlichem Inhalte, mit Beziehung auf die Zeit des Kirchenjahres; Missionsfestpredigten; erbauliche Betrachtungen über einzelne Schriftstellen oder Theile des Katechismus; geistliche Lieder und Gedichte; Biographien verdienstvoller Glaubenslehrer; Erzählungen aus dem Gebiete der innern und äußern christlichen Erfahrung besonders wunderbarer Begebenheiten, durch welche recht ersichtlich die allmächtige Hilfe Gottes den Menschen offenbar und erkennbar wird, wie oft die seltensten Schicksale und Lebensverhältnisse zur Erweckung der Herzen und zur Belehrung zum Herrn führen; kirchliche Nachrichten, welche auf das christliche Leben im Allgemeinen oder auf das der Schlesiſchen Gemeinden besondere Beziehung haben; Beschreibungen abgehaltener Missionsfeste und

überfichtlich; Mittheilungen über die Missionen in allen Erdtheilen, Ankündigungen der Missionsfeste u. s. f. — kurz alles, was für geeignet gehalten wird zur Belebung gläubiger Gemeinschaft mit Christo und wahrhafter Verbindung mit der Kirche. — Um außerdem die Teilnehmer an der in Rede stehenden Zeitschrift, von welcher jedes Hest mit 3 Sgr. 4 Pf. berechnet wird, nach und nach in den Besitz einer religiös ansprechenden Zimmerzierde zu setzen, soll spätestens alle sechs Monate eine Abbildung, Scenen aus dem Leben Jesu darstellend, ferner Portraits verstorbener oder noch lebender ausgezeichneten und um das Reich Gottes verdienten Männer u. s. w. unentgeltlich beigegeben werden. Da es überhaupt bei Herausgabe der Monatschrift auf keinen Nebenvortheil abgesehen ist, so wird nach Abzug der Kosten der sich herausstellende Geldüberschuss zu drei gleichen Theilen an die Berliner, Herrnhuter und Gopfersche Missionskassen in halbjährigen Raten abgegeben und hiervon öffentliche Anzeige gemacht werden. — Es bedarf wohl nur dieser Hinweisung, um Alle, welche die betreffende Angelegenheit begünstigen und fördern wollen, zur wirklichen Theilnahme zu vermögen, wie andererseits, um über die Tendenz und Farbe des Blattes Jedermann außer Zweifel zu setzen.

### Bericht über die Kammerei-Verwaltung der Stadt Breslau für die Jahre 1841 u. 1842.

Der in diesem Jahre der Öffentlichkeit übergebene Bericht über die Kammerei-Verwaltung in den Jahren 1841 u. 42 unterscheidet sich von den früheren vortheilhaft dadurch, daß er nicht bloße Rechnungsextracte enthält, die der Conjecturalkritik ein weites Feld lieferten, sondern daß ihm Erläuterungen über die einzelnen Zweige der Verwaltung, so wie wenigstens theilweise über die dabei befolgten Grundsätze beigegeben sind. Mag man auch noch Manches und besonders ein genaueres Eingehen auf das Einzelne ungerne vermissen oder ein früheres Erscheinen des Berichtes für wünschenswerth halten — so ist doch immer die diesmalige Bearbeitung als ein dankenswerthes, den Forderungen der Zeit gemachtes Zugeständniß anzuerkennen. Daß die beiden Jahre 1841 u. 1842 in demselben verbunden sind, halten wir für gut, da das eine für das andere den Maßstab zur Vergleichung gewährt. Wir beschränken uns in diesem Aufsatze auf eine bloße Uebersicht und werden aus den beigegebenen Erläuterungen das hervorheben, was nicht allgemein bekannt sein dürfte.

Die ganze Finanz-Verwaltung theilt sich in die beiden Hauptzweige, I. der eigentlichen Kammerei-Verwaltung und II. der von ihr abgesonderten Verwaltungen für einzelne Geschäftszweige. Die erstere umfaßt 1) die Kammereigüter und Forsten, 2) das städtische Grund-Eigenthum, 3) die Gewerbe-, Handels- und Kommunikations-Abgaben, 4) die geistlichen, höheren Unterrichts- und Medizinal- und 5) die Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten, 6) den Marstall, 7) Serviswesen, 8) Activ- und Passiv-Wesen, 9) die allgemeinen Einnahmen, Besoldungen etc., und 10) die directen Kommunalsteuern. Für diese Verwaltungen besteht die Kammerei-Hauptkasse; für die von ihr abgesonderten ist seit dem Jahre 1841 die Institute-Haupt-Kasse errichtet, doch sind davon noch mehrere Verwaltungen und Institute ausgeschlossen, welche zur Zeit noch eigene Kassen-Verwaltung haben.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen geht der Bericht zu den einzelnen Verwaltungen des I. Hauptzweiges selbst über, 1) Für die Verwaltung der Käm-

mereigüter und Forsten besteht eine besondere, aus drei Mitgliedern des Magistrats und 12 Stadtverordneten und Bürgerdeputirten bestehende Deputation, unter dem Namen: „Städtische Forst- und Oekonomie-Deputation.“ Die Güter sind mit Ausschluß der im Ganzen 6142 Morg. 147 □ Rthn. betragenden Forsten fast sämtlich verpachtet. 2) Zur Verwaltung des städtischen Grundeigenthums gehören alle Grundstücke, welche im Stadtbereich belegen, Eigentum der Kammerei sind; sie sind in einer besonderen Tabelle einzeln aufgeführt; auch für sie ist in der letztern Zeit eine besondere Deputation aus 5 Magistrats-Mitgliedern und 9 Stadtverordneten und Bürgerdeputirten gebildet worden. 3) Die Verwaltung für die Gewerbe-, Handels- und Kommunikations-Abgaben umfaßt die Stanz-, Stelle- und Lagergelder, die Braugefäll, die Einnahme für das Beschaun und Zeichnen der Köche; diese ist seit langer Zeit mit jedem Jahre gesunken: 1816 belief sie sich noch auf 1931 Rthlr. 11 Sgr., 1841 betrug sie nur 114 Rthlr. 6 Sgr. 4 Pf., weshalb die gängliche Aufhebung des seit fast 300 Jahren bestandenen Schauinstituts nach dem Antrage der städtischen Behörden durch eine Cabinetsordre vom 28. November 1842 genehmigt wurde. 4) Die Einnahmen der Verwaltung der höhern Unterrichts-, geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten bestehen nur in Rückstellungen und Resteinnahmen solcher Institute, welche Zuschüsse von der Kammerei erhalten. Was bei diesen Instituten am Jahreschlusse an Forderungen der Kasse aussteht und später eingezogen wird, geht an die Kammerei und zwar in die oben bemerkte Verwaltung, bei welcher die Zuschüsse verrechnet werden, zutheilweise über. Diese Übernahme der Restforderungen auf die Kammerei geschieht deshalb, weil die Institute für die Bedürfnisse des laufenden Jahres die nöthigen Zuschüsse unverkürzt etatirt erhalten, und die eingezogenen Reste mithin in ihren Kassen überschließen müssen. Im Jahre 1842 waren die Zuschüsse um mehr als 4000 Rthlr. geringer, als im Jahre 1841, weil der Ertrag der Stolzgebühren, welcher nach der mit dem 1. Juli 1841 eingetretenen Fixirung der zu ihrem Bezuge berechtigten Geistlichen und Kirchenbeamten zur Kasse fließt, insbesondere bei den Kirchen zu St. Elisabeth und Bernhardin, und bei der letztern auch der Ertrag der Kirchstellengelder sich sehr gehoben hat, desgleichen der der Schulgelder bei den Gymnasien zu St. Elisabeth und Magdalena und der höhern Bürgerschule. 5) Bei der Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten mußte im Jahre 1841 über 7000 Rthlr. mehr zugeschossen werden als im Jahre 1842. Diese bedeutende Differenz beruht darin, daß die Kosten der Unterhaltung der hier bestehenden Freischulen, nach näherer Erwägung des Zweckes ihrer Aufwendung, mit dem 1. Januar 1842 dem Etat für die Haupt-Armen-Kasse überwiesen worden. Von den bei den Elementarschulen I—IX angestellten Hülflehrern bezogen sämtliche bis ult. December 1842 ein jährliches Einkommen von 120 Rthlr.; vom 1sten Januar 1843 ab ist ihnen dasselbe auf 150 Rthlr. erhöht worden. 6) Die Verwaltung des Marstalles betreffend, steht eine Regulirung dahin bevor, daß die sämtlichen Leistungen, hauptsächlich in Fuhren zu baulichen Zwecken, Behufs der Straßenerneuerung u. s. w. bestehend, von jeder der betreffenden städtischen Verwaltungen in der Folge durch Berechnung vergütigt werden sollen, und es wird sich darnach auch ergeben, in welchem Verhältnisse diese Leistungen zu den Ausgaben stehen, welche der Marstall der Commune zur Zeit verursacht. Der Zuschuß betrug im J. 1841 5335 Rthlr. 10 Sgr. 5 Pf., im J. 1842 5353 Rthlr. 25 Sgr. 6 Pf. 7) Der Verwaltung des Serviswesens steht eine besondere Deputation von 4 Mitgliedern des Magistrats und 11 Bürgerdeputirten vor. 8) Die Verwaltung des Activ- und Passivwesens umfaßt den gesamten Vermögens- und Schuldenzustand der Commune. Daraan reihen sich — wie der Bericht sagt — vielfache Erinnerungen aus einer Zeit harten Drucks, vielfache Erinnerungen an große Opfer, welche die Stadt der neuern Gesetzgebung und den veränderten Zeit-Verhältnissen bringen mußte. Die Zeit der Bedrückung umfaßt die Periode von 1807—1815. Aus den Jahren vorher hatte die Stadt eine Schuldensumme von 746,227 Rthlr. 14 Sgr. 2 Pf.; ihr Ursprung ist theilweise mehrere Jahrhunderte rückwärts zu suchen. Die unglücklichen Jahre 1807 ff. und die Forderungen von Freund und Feind vermehrten diese Schulden um 858,475 Rthlr., im J. 1807 allein um 356,150 Rthlr.; die unvorhergesehenen großen Ausgaben für Befreiung der Wasserföhden in den Jahren 1823 und die Kosten der Einrichtung zur Abwehr der Cholera machten 128,000 Rthlr. neue Stadt-Obligationen nothwendig, so daß die frühere Schuldensumme im Ganzen auf 1,732,702 Rthlr. 14 Sgr. 2 Pf. gesteigert wurde. Davon wurden bis zum Schlusse des Jahres 1842 514,517 Rthlr. 18 Sgr. 2 Pf. getilgt, so daß in diesem Zeitpunkte die gesammte Schuldenlast der Stadt Breslau sich auf 1,218,184 Rthlr. 26 Sgr. beläuft. Von jener Tilgungssumme müssen aber die eingezogenen Activkapitalien, die Verkaufs- und Ablösungsgelder im Betrag von 152,117 Rthlr. 7 Sgr. 9 Pf. abgezogen

werden; es verbleiben demnach 362,400 Rthlr. 10 Sgr. 5 Pf., welche seit dem J. 1807 als eigentliche Vermögensverbesserung betrachtet werden können; durchschnittlich macht dies auf 1 Jahr propt. 10,354 Rthlr. Nicht vergessen darf man hierbei die Verluste, welche die Stadt seit den Jahren 1819 und 1820 erlitten hat, wie nicht minder die bedeutenden Ausgaben, welche ihr seit dieser Zeit, des bestandenen Friedens ungeachtet, durch gesteigerte Bedürfnisse für öffentl. Anstalten u. s. w. erwachsen sind. — Für die Tilgung der Schulden ist im J. 1838 ein besonderer Plan entworfen worden; es sind darin zur Amortisation der Schulden jährlich 6000 Rthlr. und außerdem die Zinsersparnisse von den planmäßig amortisirten Schulden ausgeworfen. Mit dem Jahre 1893 werden danach die sämtlichen Schulden getilgt sein. Der Plan hat indeß, zu Gunsten der Schuldentilgung, seit seinem Entwurfe bereits erhebliche Abänderungen erlitten. 9) Die Verwaltung der allgemeinen Einnahmen, Besoldungen u. s. w., umfaßt alle Einnahmen und Ausgaben, welche unter keine der übrigen Verwaltungen der Kammerei gebracht werden können. Unter den Ausgaben heben wir hier hervor die Besoldungen der Communalbeamten im Betrage von 42,852 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf., die Pensionen an emeritirte Beamte 3591 Rthlr. 27 Sgr. 6 Pf. u. s. w. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung betragen im J. 1842 10754 Rthlr. 5 Sgr. 11 Pf.; im Ganzen wurden in der Stadt und in den Vorstädten unterhalten 432 Kerber- und 77 Pfahllaternen; die Unterhaltung einer Kerber-Laterne kommt einschließlich aller Kosten auf 26 Rthlr. 21 Sgr. 1½ Pf. zu stehen; 4 Pfahl-Laternen wurden hierin eine Kerber-Laterne gleich geachtet. Auf Bauten aller Art wurden in demselben J. verwandt 80,116 Rthlr. 22 Sgr. 2 Pf., worunter sich freilich die außerordentlichen Ausgaben für den Bau der Vordermühle im Betrage von 51,479 Rthlr. 17 Sgr. 4 Pf. befinden. 10) Die Verwaltung der directen Kommunalsteuern, welcher eine besondere aus 6 Magistrats-Mitgliedern und 34 Bürger-Deputirten gebildete Commission vorsteht, hat die Verteilung und Einziehung aller derjenigen Abgaben zur Aufgabe, welche die Kammerei zur Befriedigung ihrer anderweit nicht gedeckten Bedürfnisse zu erheben befugt ist. Diese Abgaben bestehen in einer Steuer von Grundeigenthum (Realsteuer), vom Personals-Einkommen (Personalssteuer) und der hiermit zusammenhängenden Abgabe für die öffentliche Armenpflege. Was die Personalssteuer betrifft, so betrug diese im J. 1820 von Bürgern und Säugverwandten 76 731 Rthlr. 27 Sgr. 8 Pf.; dazu trugen bei 11,481 Kontribuenten, mithin jeder propt. 6 Rthlr. 20 Sgr. 6 Pf. Im J. 1833 betrug sie 80,880 Rthlr. 7 Sgr. 1 Pf., Kontribuenten waren 11,553, mithin kommt auf Jeden durchschnittlich 7 Rthlr., also 9 Sgr. 6 Pf. mehr als 1820. Im J. 1842 wurde von 12,487 Kontribuenten 91911 Rthlr. 11 Sgr. 6 Pf. aufgebracht, von jedem also 7 Rthlr. 10 Sgr. 10 Pf., 20 Sgr. 4 Pf. mehr als 1820. Von dem Einkommen bis 200 Rthlr. steuernten im Jahre 1820 6740 Kontribuenten, im J. 1833 7560 im Jahre 1842 8102; dagegen steuernten von einem Einkommen von 1100 Rthlr. und darüber im Jahre 1820 836 Kontribuenten, im Jahre 1833 588, und im Jahre 1842 nur 556. Während also die erstere ärmere Klasse um fast 1400 Kontribuenten zugenommen hat, hat sich die zweite wohlhabendere um fast 300 vermindert, was allerdings für ein Steigen des allgemeinen Wohlstandes nicht spricht. (Fortf. folgt.)

### Dreißylbige Charade.

Wie in neuer Zeit gemeldet der Berichte mancherlei,  
Litt' von einem bösen Segner viel ein Herr von Zwei  
und Drei;  
Wäre Jemand noch im Zweifel, wem von Beiden Eins  
gebührt:  
Ihm, der lange sich als Ganzes laut und öffentlich  
gerirt,  
Oder Ihm, der manchen Angriff wider Billigkeit u. Fug,  
Manche Schmähung seines Segners mit Gelassenheit  
ertrug —  
Nun, der wisse, daß die Lehre jüngster Zeit den Zwei-  
fel hebt,  
Denn nach eines Dichters Ausspruch hat die Eins  
nur — der noch lebt.  
G. S.

Der Unbekannte, welcher durch die schlesische Zeitung zu Anfang dieses Jahres das Gerücht verbreitet hat, als sei am 3. Januar die Rettungsanstalt in Schreiberhau von Seiten der competenten Polizeibehörde geschlossen worden, möge sich doch auch bewegen fühlen, recht bald zu erklären, ob dies wirklich der Fall gewesen, oder ob gegenwärtig diese Anstalt durch Einführung eines Lehrers ihre schon vielfach erprobte Wirksamkeit fortsetzt?

Das Direktorium der Rettungs-Anstalt zu Schreiberhau.



